

„Weiterer Handlungsbedarf im Umwelt- und Planungsrecht“

Thesenpapier von Hubertus Altmann

Mitglied des Vorstandes der Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG

Die Bundesregierung hat sich äußerst ehrgeizige Windenergie-an-Land und Photovoltaikausbauziel bis 2030 gesetzt. Die bisherige Ausbaugeschwindigkeit wird jedoch nicht ansatzweise ausreichen, um das 80%-Erneuerbaren Ziel bis 2030 zu erreichen.

Neben ausreichenden Rohstoffen, Erzeugungskapazitäten und fachlich qualifizierten Arbeitskräften spielt die Geschwindigkeit der notwendigen Planungs- und Genehmigungsverfahren eine entscheidende Rolle bei der Zielerreichung.

Die Genehmigungsverfahren zur Errichtung neuer Wind- und PV-Projekte sind – trotz aller Beschleunigungsgesetze des Bundes – immer noch sehr zeitintensiv und in ihrer dezentralen Planausweisung mit den nochmals gesteigerten Ausbauzielen des Bundes nicht vereinbar.

Weitere Planungsunsicherheit ergibt sich aus der derzeit laufenden Neufestlegung der Windvorranggebiete in Sachsen.

Um die Schere zwischen politischer Zielsetzung und operativer Umsetzung wieder zu schließen, müssen die Genehmigungsbehörden zeitnah besser personell ausgestattet und die Verfahren konsequent digitalisiert werden. Weitere Verfahrensbeschleunigung kann durch eine bundeseinheitliche Standardisierung v.a. im Rahmen der Genehmigungsanträge, Kartierungs-, Erhebungs- und Bewertungsmethoden und durch typenoffene Genehmigungen für Windkraftanlagen erreicht werden. Angesichts der geringen nationalen Gestaltungsspielräume müssen die zahlreichen Regelungen des europäischen Natur- und Artenschutzes bei klimaschutzrelevanten Projekten neu austariert und stärker flexibilisiert werden.

Um die jederzeitige Versorgungssicherheit trotz einer immer stärker fluktuierend einspeisenden Erzeugungsstruktur zu gewährleisten, müssen flankierend noch in diesem Jahr die Rahmenbedingungen für neue gesicherte H2-ready Gaskapazitäten geschaffen werden.

Mit dem verstärkten Ausbau der notwendigen Netzinfrastruktur für Gas/H2 ist ebenfalls dieses Jahr zu beginnen: Noch ist die Berücksichtigung Mittel- und Ostdeutschlands einschließlich der Lausitz auf der Wasserstoffkarte bislang völlig unzureichend. Deshalb muss die Nationale Wasserstoffstrategie zwingend um „Wasserstoffmagistrale Ost“ zur Versorgung der Industrie- und Kraftwerksstandorte ergänzt werden.

Die LEAG will ihren Beitrag zum Umbau des Energieversorgungssystems in Deutschland leisten. Dazu plant sie auf ihren rund 33.000 ha Bergbaufolgelandschaften bis 2030 mindestens 7 GW Wind- und PV-Anlagen zu errichten. Diese Flächen sind relativ konfliktarm, infrastrukturell bzw. industriell erschlossen, sowie weitgehend an das Höchst- und Hochspannungsnetz angeschlossen. Dies bietet deutschlandweit einzigartige Möglichkeiten für die Realisierung von Wind und PV im industriellen Maßstab, um so auch die Grünstromnachfrage aus der Wirtschaft bedienen zu können. Parallel sollen neue Speicherkapazitäten, innovative H2-ready-Kraftwerke und grüne H2-Hydrolyseanlagen entwickelt und gebaut werden.